

sehend" (AP in AWSJ, 15.6.93), "festen Schrittes und zuversichtlich" (BRu, 26/1993, S. 4). (Siehe auch RMRB, 15.6.93; FAZ, 15.6.93).

Am 24. Juni traf Li Peng auch mit dem australischen Premierminister Keating zusammen, für den er am Abend auch einen Empfang gab (RMRB, 25.6.93). Ihm berichtete Li, daß er sich Ende April ursprünglich eine schwere Erkältung zugezogen hätte. Bei einer medizinischen Untersuchung hätten die Ärzte dann bei ihm auch noch eine kleinere Herzerkrankung festgestellt. Nun gehe es ihm aber schon wieder ganz gut, doch seine Ärzte hätten ihm geraten, nicht zu viele Aktivitäten zu unternehmen, damit er sich noch besser erholen könne (IHT, 25.6.93; Le Monde, 26.6.93) Die Hongkonger KPCh-orientierte Zeitschrift *Guangjiao Jing* berichtete ergänzend, daß Li Peng an einer Herzmuskelentzündung leide (GJJ, 6/1993, S. 6).

Li Peng war am 24. April 1993 zum letzten Mal in der Öffentlichkeit aufgetreten. Danach gab es unter Chinesen und Ausländern verschiedene Gerüchte darüber, unter welcher Erkrankung Li leidet (siehe C.a., 5/1993, Ü 6). Anfang Juni "verdichteten" sich in Beijing Gerüchte über einen Gehirnschlag von Li Peng (NZZ, 12.6.1993). Dieser habe zur Lähmung der linken Körperhälfte von Li und zu Artikulationsstörungen geführt (IHT, 11.6.1993). Nach einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* (6/1993, S. 14-15) soll Li Peng Anfang Mai und am 25. Mai zweimal operiert worden sein. Die zweite Operation sei erfolgreich verlaufen. Wie dem auch sei, Li Peng trat im Juni wieder öffentlich auf - zwar "blaß und abgezehrt", aber doch "lächelnd und ziemlich gesund aussehend" und immerhin "festen Schrittes und zuversichtlich". -sch-

*(11)

Bekannter Oppositioneller endlich aus der Haft entlassen

Xu Wenli, einer der bekanntesten demokratischen Oppositionellen, wurde am 26. Mai 1993 auf Bewährung vorzeitig aus der Haft entlassen. Die meiste Zeit seiner 12jährigen Haft war Xu in einer Einzelzelle eingekerkert gewesen. Sein Gesundheitszustand hat während dieser Zeit stark gelitten. Seine Freilassung steht im Zusammenhang

mit den Bemühungen der chinesischen Führung, eine Verlängerung der US-Meistbegünstigungsklausel für chinesische Exportwaren zu erreichen und den Zuschlag für die Olympischen Spiele in Beijing im Jahre 2000 zu erhalten. (SZ, IHT, FAZ, 27.5.93)

Xu Wenli war am 9. April 1981 verhaftet und am 4. August 1982 wegen "konterrevolutionärer Aktivitäten" zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Seine Haftstrafe hätte am 8. April 1996 geendet (BRu, 23/1993, S. 7; zu Xu Wenli siehe u.a. C.a., 8/1982, Ü 8). -sch-

Kultur

*(12)

Tiefgreifende Krise im staatlichen Kulturwesen und die Reformpläne des Ministers

Eine Reihe ausführlicher Berichte machte im Juni deutlich, daß der traditionelle, vom Staat finanzierte Kultursektor in einer tiefen Krise steckt. Diese wird auch vom neuen Kulturminister Liu Zhongde wahrgenommen, der eine Reihe von Reformmaßnahmen skizzierte.

In Not befinden sich die meisten staatlichen Tanz-, Musik- und Theaterensembles, aber auch die Bibliotheken. Das wachsende Angebot an Fernsehunterhaltung und die boomende privatwirtschaftliche Unterhaltungsindustrie entwickeln sich zu einer übermächtigen Konkurrenz, denen die kostenintensiven, durch einen gewaltigen Verwaltungsapparat gefesselten staatlichen Kulturbetriebe nicht gewachsen sind, da sie bei nachlassendem Publikumsinteresse keine Möglichkeit haben, die stark steigenden Fixkosten durch höhere Eintrittspreise aufzufangen und der Staat die Subventionen nicht entsprechend erhöht hat. Am schlimmsten stehen in dem Punkt die Bibliotheken da, da sie keine nennenswerten eigenen Einnahmequellen besitzen. Ferner sind auch die staatlichen Buchverlage von der Krise betroffen.

Daß das staatliche Kulturwesen in der Marktwirtschaft an Boden verliert, ist eine schon seit längerem anhaltende

Entwicklung. In einem Pressegespräch teilte der seit Ende März im Amt befindliche Liu Zhongde hierzu einige Zahlen mit. Demnach ging die Zahl der staatlichen Ensembles von 1980 bis 1991 bereits von 3.523 auf 2.772 zurück, eine Abnahme um 21,3%. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Ensemblemitglieder von 245.659 auf rund 170.000, also um ca. 30%. Entsprechend errechnet sich eine gleichzeitige Verkleinerung der Ensembles von durchschnittlich 69,7 auf 61,3 Mitglieder. (BR, 22.6.93, S. 16; die BR gibt die Zahl der Ensemblemitglieder für 1991 mit 17.000 an, offenbar ein Druckfehler, da die Ensemblegröße demnach im Schnitt nur noch bei 6,1 liegen würde.)

Die wirtschaftliche Notlage des staatlichen Kultursektors hat sich gegenüber den 80er Jahren in jüngster Zeit offenbar noch dramatisch verschärft. Ausführlicher berichtet wurde über folgende Bereiche:

Sprechtheater: Aufgrund stark zurückgehender Besucherzahlen machen viele Theater Verluste. Da jede Aufführung zusätzliche Schulden verursacht, werden die Aufführungen reduziert, wodurch die Einnahmen weiter sinken. Das Volkskunsttheater von Liaoning, eine der führenden Bühnen des Landes, verlor sogar seine Spielstätte und muß jetzt jedesmal 1.200 Yuan für die abendliche Saalmiete aufbringen, wodurch mit jeder Aufführung weitere Verluste entstehen. Als Folge davon hat das Ensemble über neun Monate lang nicht mehr gespielt. Dem Bericht zufolge habe die Inszenierung von politischen Tendenzstücken, die von staatlichen Stellen en bloc gebucht wurden, den Niedergang des Sprechtheaters nur kurzfristig aufhalten können. Einige große Erfolge seien mit aufsehenerregendem Experimentalthheater sowie mit der Aufführung ausländischer Stücke erzielt worden, doch langfristig könnten die führenden Bühnen ihre kulturellen Aufgaben nach Ansicht von Theaterfachleuten nur dann wahrnehmen, wenn der Staat sie ausreichend subventioniere und höhere Löhne zahle, den Einfluß der Administration auf die Bühnen beschneide, ihnen eine größere Eigenverantwortung einräume und gestatte, daß sich Ensembles durch frei geschlossene Engagements formieren könnten. (GMRB, 22.6.93)

Symphonieorchester: Die *Guangming-Zeitung* brachte hierzu am 25.6.93 einen ungewöhnlich umfangreichen Aufmacher, der fast die halbe Titelseite einnahm. Der Artikel wählte als Beispiel das Zentrale Orchester, den führenden Klangkörper des Landes, zu dem auch noch ein Chor, ein Kammerensemble, eine Solistengruppe sowie die Pekinger Konzerthalle gehören. Das Orchester stecke in einer zunehmenden Krise: Es sei in Geldnot, falsch strukturiert, schlecht verwaltet und gebe immer weniger Konzerte. Selbst nach Ansicht seines vormaligen Dirigenten Li Delun arbeitet es nicht professionell. Ihm fehlten ein fester Chef, ein fester Konzertplan und regelmäßige Probenarbeit. Die 500 Mitglieder würden noch nach dem berühmten "eisernen Reistopf" bezahlt, die Entlohnung orientiere sich nicht an der Leistung, bei einem Teil der Mitarbeiter handele es sich um jahrelange Müßiggänger, manche hochqualifizierte Mitwirkende würden schlechter bezahlt als solche in Nebenfunktionen, insgesamt sei das Gehaltsniveau zu niedrig, kurz: es fehlten überhaupt die Mindestvoraussetzungen, wie sie für ein Symphonieorchester international üblich seien. Hinzu komme, daß das Orchester sein Publikum nicht pflege und nichts für die Förderung gehobener Musik unternehme. Die Finanzausstattung sei so schlecht, daß weder neue Instrumente gekauft noch ausländische Musiker eingeladen werden könnten. Das Orchester habe nur eine Zukunft, wenn sich der Staat zu durchgreifenden Strukturreformen entschliesse. So sollten statt fester Gehälter frei ausgehandelte Gagen gezahlt werden, und die administrativen Fesseln müßten gelöst werden. Das Orchester brauche außer einem Hausdirigenten zudem einen kunstverständigen Manager, der dem Ensemble auch den Musikmarkt erschlosse. So sei auch die Einnahmeseite zu verbessern. Kein Symphonieorchester der Welt könne jedoch allein von seinen Einnahmen leben. Hier sei der Staat gefordert.

Zentrale Buchverlage: Nachdem die *Volkszeitung* noch im Mai die enorme Zunahme der Buchproduktion nach Titeln in den achtziger Jahre gegenüber der Dürrezeit der kulturrevolutionär geprägten siebziger Jahre herausgestellt hatte (RMRB, 31.5.93), zeigt sich ein anderes Bild, wenn die Auflagenzahlen der großen staatlichen

Verlage betrachtet werden: Sie gehen dort seit einigen Jahren langsam, seit dem 2. Halbjahr 1992 jedoch derart rapide zurück, daß die Existenz der Verlage gefährdet ist. So hatte der führende Buchverlag Xinhua Shudian im 1. Quartal 1993 gegenüber dem 1. Quartal 1992 bei den gesellschaftswissenschaftlichen Titeln einen Rückgang der Bestellungen um 55% zu verzeichnen, während die Zahl der Titel noch um 20% höher lag als im Vorjahr. Entsprechend dramatisch schrumpften die Auflagen. Dabei leiden die großen staatlichen Verlage vor allem unter der Konkurrenz kleiner Verlage, die mit minimalem Personalaufwand eine Flut von oft hastig zusammengeschriebenen, kaum redigierten Manuskripten auf den Markt werfen und den angesehenen Publikationen der renommierten Häuser zudem mit Raubdrucken das Wasser abgraben. Gleichzeitig aber scheint überhaupt weniger gelesen zu werden als früher. Dem Eindruck des *Guangming-Daily*-Reporters zufolge wenden die Haushalte auch immer weniger Geld für Buchkäufe auf. Zudem leiden die zentralen staatlichen Verlage unter unflexiblen Vertriebsstrukturen. Auch würden sie regional benachteiligt, da manche Provinzverlage den von ihnen auf Stadt- und Kreisebene kontrollierten Buchhandlungen vorschrieben, bis zu 70% ihres Sortiments für Provinzpublikationen zu reservieren. - Die großen Verlage könnten nur überleben, wenn sie unternehmerisch agiler wären, doch bedürfte die Verlegertätigkeit auch eines besseren rechtlichen Rahmens und müsse gegenüber illegalen Publikationen besser geschützt werden. (GMRB, 26.6.93; vgl. C.a. Mai 1993, Ü 13)

Bibliotheken: "Die Bücher sind zu alt, die naturwissenschaftlichen sind meist aus den 60er, 70er Jahren, aber jetzt haben wir die 90er Jahre" - so ein Eintrag in dem Beschwerdebuch der Bibliothek der Volksuniversität (Zhongguo Renmin Daxue). Hauptgrund für diese Entwicklung ist, daß die Erhöhung der Anschaffungsetats weit hinter die Buchpreissteigerungen zurückfällt. Besonders betrifft dies Erwerbungen ausländischer Publikationen, da gleichzeitig der Yuan an Wert verloren hat. Während die Bibliothek der Volksuniversität 1985 insgesamt noch 86.106 Bände anschaffen konnte, sank diese Zahl bis 1990 um 41.989 Bände und bis 1992 um noch einmal 18.135 Bände, also auf nur noch 30%

des Werts von 1985. Die Zahl der Abonnements ausländischer Fachzeitschriften sank von 710 im Jahr 1990 auf heute 590. Selbst beim Nötigsten müßten Abstriche gemacht werden. (GMRB, 8.5.93).

Dramatisch sieht die Lage auch in der Peking-Bibliothek, der bedeutendsten Staatsbibliothek des Landes, aus. Der Anschaffungsetat von 25 Mio. Yuan blieb dort seit 1991 gleich, unterdessen haben sich 2,5 Mio. Yuan Schulden aufgehäuft, trotz Verwaltungseinsparungen von 1,5 Mio. Yuan. Hauptgrund der Misere sind die Preissteigerungen, die bei ausländischen Zeitschriften derzeit bei 26% jährlich liegen und auch bei chinesischen Publikationen nicht unter 20% betragen. In den letzten Jahren mußten die Bestellungen ausländischer Bücher schon um ein Fünftel reduziert werden, gleichzeitig war man gezwungen, 3.600 von 12.000 ausländischen Zeitschriften abzubestellen, und dieses Jahr wird man weitere 500 bis 600 Abonnements kündigen müssen. Ähnlich desolat steht es um Deckung der technischen Betriebskosten. So sind die Magazine auf künstliche Belüftung angewiesen, da aber die Stromrechnung nicht mehr bezahlt werden konnte und die Klimaanlage abgestellt werden mußte, gab es eine Invasion von Buchmilben, deren Allergene die Angestellten gleich reihenweise aus dem Dienst warfen. Eine Folge der miserablen Finanzsituation ist auch, daß mit dem Durchschnittslohn von monatlich 250 Yuan qualifiziertes Personal nicht mehr zu halten ist. Von den 275 Angestellten, die die Bibliothek von 1987 bis 1991 verließen, waren 71% Hochschulabsolventen und 70% unter 35 Jahre alt. Nachwuchs aus den Hochschulen ist praktisch nicht zu bekommen. (GMRB, 28.6.93)

Ein zusätzlicher Mißstand hängt damit zusammen, daß die PekingBibliothek die Funktion einer chinesischen Zentralbibliothek erfüllt, der von allen Publikationen im Lande kostenlose Pflichtexemplare zustehen. Die Verlage kommen den gesetzlich nicht ausreichend abgesicherten Anforderungen jedoch nur mangelhaft nach. Im Jahr 1991 wurden von 13.000, 1992 sogar von 22.000 neuerschienenen Titeln die Pflichtexemplare vermißt. Hier würde schon eine gesetzliche Regelung Abhilfe schaffen. (Ebenda)

Zwar hätten sich die Bibliotheken in ihrer Not schon manche Neuerung einfallen lassen, um Kosten zu sparen und Einnahmen zu erhöhen. Beispielsweise ist an der Bibliothek der Hochschule für Politik und Jura für bestimmte Bücher eine tägliche Leihgebühr zu zahlen; mit Hilfe dieser Einnahmen werden wiederum Neuanschaffungen finanziert. Doch ohne tiefergehende Reformen wird es nach Ansicht der befragten Fachleute nicht gehen. An den Universitäten wäre schon viel geholfen, wenn die Lehrmitteleinsatz für den Unterricht auf die Bibliotheken umgeleitet würden, so daß Bücher, die aus diesen Etats angeschafft würden, nicht ins Privateigentum, sondern in das der Bibliothek übergängen. Teilweise könnten dadurch auch Doppelbestellungen vermieden werden. (GMRB, 8.5.93)

An der Peking-Universität erzielen die Angestellten mit Privatbetrieben (vermutlich Kioske mit Getränke und Zigarettenverkauf und dergleichen) ein gewisses Zusatzeinkommen. Doch das eigentliche Problem sei durch noch so arbeitseifrige Angestellte nicht zu lösen. Hier sei die Gesellschaft gefragt. (GMRB, 28.6.93)

Während diese - hier nur an Beispielen angedeutete - Krise des staatlichen Kulturbereichs bisher meist mit floskelhaften Erklärungen über den Aufbau einer sozialistischen Marktwirtschaft und einer sozialistischen geistigen Zivilisation übertüncht wurde, läßt der neue Kulturminister Liu Zhongde in neueren, recht ausführlich von der *Beijing Rundschau* dokumentierten Äußerungen ein differenziertes Problembewußtsein erkennen.

In der Reform der Musik-, Tanz- und Theaterensembles sieht er die größte Schwierigkeit, aber auch den Schwerpunkt der nötigen Strukturreformen. Der Staat wird sich dabei aus dem größten Teil des Kultursektors zurückziehen und nur einige wenige Ensembles weiter finanzieren, die von provinziübergreifender nationaler oder internationaler Bedeutung sind. Gleichzeitig sollen bessere Rahmenbedingungen für die Arbeit solcher Ensembles geschaffen werden, die von gesellschaftlichen Organisationen, Betrieben oder Einzelpersonen unterhalten werden oder überhaupt unabhängig sind. Was die zentralen staatlichen Ensembles angeht, so sollen zunächst mit einer Reform des Chinesischen Pekingoper-Ensembles und des Zentralen

Tanz- und Gesangsensembles Erfahrungen gesammelt werden. Bereits ausgearbeitet sei ein Plan für die Reform des Lohnsystems. Einigen Ensembles sei bereits eine größere Autonomie gewährt worden, und man habe bei ihnen das Vertragssystem (d.h. freie Engagements) eingeführt. Geplant ist die Einrichtung einer zentralen Künstleragentur. Noch in diesem Jahr wird das Kulturministerium einen Entwicklungsplan für das Kulturwesen aufstellen, das den Entwicklungsweg für die nächsten fünf bis zehn Jahre beschreiben soll.

Unverläßlich ist Liu Zhongde zufolge auch die Stärkung rechtlicher Regelungen im Kulturwesen sowie die Beachtung der folgenden neun wirtschaftspolitischen Aspekte:

- Finanzpolitik,
- Steuerpolitik,
- Preispolitik,
- Auszeichnungspolitik (bezieht sich offenbar auf die Verleihung staatlicher Auszeichnungen),
- "die Ermutigung von gesellschaftlichen Organisationen, sich kulturell zu betätigen und ... Geldmittel dafür aufzubringen",
- die Förderung des Spendensammelns für kulturelle Zwecke,
- "die Befugnis für Kulturorganisationen, sich durch kulturelle und andere Tätigkeiten zu finanzieren",
- die Finanzverteilung innerhalb der Kulturorganisationen sowie
- der Betrieb von Kultureinrichtungen unter Verwendung ausländischen Kapitals.

Hierzu strebt das Kulturministerium noch in diesem Jahr eine Reihe konkreter politischer Ziele an, deren Realisierung freilich noch gegenüber anderen Staatsorganen durchzusetzen sein wird. So sollen die Kulturfonds besser ausgestattet und niedrig verzinsten Kredite vergeben werden. Der Rückgang der Zahl der Ensembles soll ebenso wenig zu einer Schmälerung der Kulturfonds genutzt werden wie die Tatsache, daß Kulturbetriebe Einnahmen aus gewerblicher Tätigkeit erzielen. Spenden gesellschaftlicher Organisationen und Betriebe für kulturelle Zwecke sollen steuerlich abzugsfähig werden. Angestrebt wird auch eine Differenzierung der Steuersätze bei Aufwendungen für "ernste" bzw. "populäre" Kultur. Auch für den rechtlichen Rahmen benannte Liu eine ganze Reihe konkreter Reformvorhaben.

Ebenso interessant sind Liu Zhongdes Ankündigungen, was den Rückzug der staatlichen Verwaltung angeht, die in Zukunft nicht mehr direkt die künstlerische Arbeit kontrollieren, sondern sich einer "Globalsteuerung" zuwenden solle. Die zukünftige Hauptaufgabe der Kulturbehörden bestehe demnach in der "Planung und Anleitung, Organisation und Koordinierung, Überprüfung und Kontrolle der verschiedenartigen Kulturveranstaltungen der Gesellschaft". (BR, 22.6.93, S. 15-19)

Generell lassen Lius Äußerungen erkennen, daß er wichtige und längst überfällige Reformen rasch durchsetzen will. (Bibliotheken und Verlage fallen nicht in seine Zuständigkeit.) Auch wenn viele Einzelheiten - z.B. bei den rechtlichen Regelungen - noch nicht bekannt sind, geht doch die Tendenz der Reformen eindeutig dahin, daß sich der Staat weitgehend aus dem Kulturwesen zurückzieht, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften, die in Zukunft ein Kulturangebot bereithalten sollen, geeignete Rahmenbedingungen schafft und sich selbst auf die weitere - und stärkere - Subventionierung weniger Ensembles von nationaler und internationaler Bedeutung beschränkt, wobei diese jedoch ebenfalls reformiert werden sollen. Die von Liu vorgestellten Maßnahmen dürften den oben referierten Vorstellungen der Betroffenen weitgehend entgegenkommen. Sie könnten eine größere Vielfalt des Kulturangebotes bewirken, das dann auch von einer breiteren und vielgestaltigen gesellschaftlichen Basis getragen würde, während gleichzeitig die wirtschaftlich und künstlerisch dahinsiechenden zentralen Ensembles gestärkt würden.

Diese Doppelstrategie dürfte auch im Sinne mehrerer Künstler sein, die am 9. und 10. Juni auf Einladung zentraler Presseorgane wie der *Guangming-Zeitung* sowie anderer Stellen in Peking das Thema "Fragen des Aufbaus der sozialistischen Marktwirtschaft und der sozialistischen geistigen Zivilisation" teilnahmen und die Ansicht vertraten, daß das literarisch-künstlerische Schaffen nicht vollständig der Marktwirtschaft unterworfen werden könne. (GMRB, 11.6.93)

Wieweit und wie schnell sich Liu Zhongdes Reformankündigungen umsetzen lassen, muß abgewartet werden.

Nachdem Liu noch im letzten Monat einen Erlaß zur stärkeren Kontrolle von Kulturveranstaltungen herausbrachte, wird man skeptisch sein dürfen, ob sich die neuen Regelungen auch im Detail so liberal gestalten, wie es die Reformpläne erscheinen lassen. (Vgl. C.a., Mai 1993, Ü 14) Auch ist von außerhalb des Kulturministeriums Widerstand gegen die Pläne zu erwarten, und zwar nicht nur von konservativen Kadern und Kulturbürokraten, denen die Selbständigkeit des Kultursektors ohnehin schon zu weit geht und die sich dagegen wehren dürften, wenn nun auch noch die Arbeit der zentralen staatlichen Ensembles ihrer direkten Kontrolle entzogen werden soll. Noch schwieriger dürften vielmehr die Punkte durchzusetzen sein, bei denen es ums Geld geht - um Zuschüsse, Einräumung von Steuervorteilen an Mäzene und Sponsoren, verminderte Steuersätze bei Einnahmen aus "ernster" Kultur usw. Insofern sind auch die Aussichten auf eine Linderung der Finanznot bei den Bibliotheken wenig rosig. Allerdings wird sich die Einsicht durchsetzen, daß es für sie einfach keinen Ersatz gibt und sich ein Land die Zukunft verbaut, das seinen Studenten beispielsweise keine aktuellen Physikbücher bieten kann. Den Vorteil, unersetzlich zu sein, genießen die staatlichen Verlage dagegen nicht. Kommen keine massiven Subventionen oder durchgreifende Rahmenregelungen zur Neustrukturierung des Buchmarktes, könnte es für sie bald sehr eng werden.

-hws-

*(13)

Personalkrise bei Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten

Hochqualifiziertes Personal im besten Alter, an staatlichen Institutionen der Grundlagenforschung und der Lehre mehr schlecht als recht bezahlt, entdeckt derzeit die Chancen der Marktwirtschaft und wechselt scharenweise auf lukrativere Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft. Zurück bleiben die Über-50jährigen - viele schon kurz vor der Pensionsgrenze - und eine kleine Zahl von Berufsanfängern, die auch schon ans Wechseln denken. Unter 744 führenden Naturwissenschaftlern sind derzeit 89% 51 Jahre oder älter, und unter 3.700 führenden Hochschullehrern an Institutionen, die der Erziehungskommission unterstehen, machen die Bis-zu-50jährigen nur noch 5%

aus. Mancherorts kommt es bereits zu Beeinträchtigungen von Forschung und Lehre, doch die Hauptsorge ist, daß in der Zukunft eine ganze Generation des wissenschaftlichen Nachwuchses fehlen wird. Die Personalkrise übertrifft in ihrem Ausmaß offenbar noch bei weitem eine ähnliche Krise in den achtziger Jahren, die man eigentlich überwunden glaubte.

Betroffen sind Institutionen in nahezu allen Landesteilen, wobei in den küstenfernen ärmeren Regionen der Drang in die Wirtschaftssonderzonen und angrenzende Gebiete besonders ausgeprägt ist. Doch selbst in Shanghai ist das hochqualifizierte wissenschaftliche (und vom Staat angestellte) Personal heute zu über 70% über 50 Jahre alt. Ähnliche Probleme plagen die Akademie der Wissenschaften in Peking.

Den Hintergrund bildet ein Wertewandel, der sich beim wissenschaftlichen Nachwuchs deutlich zeigt. Befragt, woran sie bei der Berufswahl als erstes denken, antworteten 54% einer Gruppe von Absolventen der Universität Jilin: "ans Geldverdienen".

In dem ausführlichen Aufmacher der *Guangming Daily* finden sich zahlreiche Äußerungen von Fachleuten zu dem Problem der abwandernden Akademiker. Es wird einhellig als höchst besorgniserregend gewertet, doch eine Lösung scheint nicht in Sicht zu sein. Dabei sind die vergleichsweise niedrigen Gehälter der Forscher und Hochschullehrer offenbar nicht der einzige Grund für den *brain drain*. Auch das geringe Ansehen der Berufe sowie die schlechten Publikationsmöglichkeiten spielen eine Rolle. (GMRB, 24.6.93)

-hws-

*(14)

Weniger Schulen, weniger Lehrer

Einige im Juni unkommentiert veröffentlichte Statistiken lassen erkennen, welche Auswirkungen die Finanzmisere im Erziehungssektor in den letzten Jahren gezeitigt hat.

Grundschulen: Schon seit Mitte der sechziger Jahre geht deren Zahl stetig zurück. Während aber die Abnahme zwischen 1980 und 1990 (von 917.316 auf 766.076) mit durchschnittlich 1,78% per annum relativ gering ausfiel,

lag sie im Jahr 1991 gegenüber 1990 mit -4,8% und im Jahr darauf gegenüber 1991 mit -2,2% über den vorherigen Werten. (GMRB, 24.6.93) Trotz weniger Grundschulen stieg die Zahl der Lehrer bis 1990 auf einen Spitzenwert von 5,58 Mio. an, dann setzte auch hier ein gewisser Rückgang ein. (bis 1992 um 1%). (GMRB, 21.6.93) Die durchschnittlichen Klassengrößen sind nach wie vor erfreulich gering (22 bzw. 22,1 Schüler in den Jahren 1991 bzw. 1992 gegenüber 26,6 Schülern 1980). (GMRB, 15.6.93)

Die Zahl der normalen Mittelschulen sinkt ebenfalls, und zwar seit den siebziger Jahren. Sie lag 1992 bei 84.021, und war damit um 1.830 geringer als im Vorjahr und sogar um 17.628 niedriger als 1982, was einen Rückgang der Schulzahl binnen zehn Jahren um fast 18% bedeutet. (GMRB, 27.6.93) Über die Entwicklung der Mittelschullehrerzahl lag im Juni noch keine Statistik vor, doch deuten Angaben zur Entwicklung der Klassengröße ebenfalls auf eine seit 1990 zurückgehende Lehrerzahl hin: Während es 1992 15,2 Schüler pro Mittelschulklasse gab, waren es 1990 nur 14,6 gewesen. (GMRB, 19.6.93)

Diesem Befund entsprechen wiederkehrende Berichte über Probleme der Schulen, die Lehrer vom Abwandern in andere Tätigkeiten abzuhalten. Eine Leserbrief aus Shanghai an die *Guangming Daily* gab hier einige Einblicke. Demnach quittierten dort im letzten Jahr 1.045 Mittelschul-, 874 Grundschul- und 373 Vorschullehrer den Dienst. Dieser Trend setzte sich in diesem Jahr noch verstärkt fort. Die Lehrer faßten ihre Gründe so zusammen: "Schlechte Bezahlung, hohe Anforderungen, große Verantwortung, harte Arbeit." Tatsächlich liegt das Durchschnittsgehalt eines Lehrers in Shanghai nur bei 3.600 Yuan jährlich, gegenüber einem mittleren Einkommen von 4.250 Yuan bei Arbeitern und Angestellten in 12 untersuchten Branchen. Daher sind es denn auch die am höchsten qualifizierten und die jungen Lehrer, die am raschesten das Handtuch werfen: Über 60% der Abwanderer waren unter 30 Jahre alt und 91,5% hatten Hochschulbildung, 20,5% gingen auf eigene Kosten ins Ausland, 36% übernahmen Arbeiten in Behörden oder anderen Stellen, knapp 15% wechselten zu Hotels, Restaurants oder in Unternehmen mit ausländi-

schem Kapital. Erstaunlich ist, daß fast ein Viertel der betreffenden Lehrer einfach dem Unterricht fernbleibt, ohne zu kündigen. Offenbar befürchten sie, daß einer Kündigung nicht stattgegeben oder eine sich kurzfristig bietende interessante Arbeitschance unwiederbringlich versäumt würde, wenn erst die reguläre Prozedur durchlaufen werden müßte. Als Folge kam es vielfach zu Unterrichtsausfällen.

Um die Absetzbewegung zu stoppen, in deren Sog immer mehr Lehrer geraten, haben die zuständigen Shanghaier Behörden eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, unter denen eine stärkere Gewichtung der Lehrer bei den Gehaltsplänen an erster Stelle steht. Kurzfristig verfügt die Stadt offenbar nicht über genügend Mittel für eine angemessene Einkommensverbesserung. Eine zweite Maßnahme, nämlich Lehrer von außerhalb anzuwerben, wird das Problem nur in andere Landesteile verlagern, während eine ebenfalls angekündigte Anwerbung von Absolventen technischer Hochschulen wenig Erfolg versprechen dürfte. Auch die dritte Maßnahme, eine Beschleunigung der Schulverwaltungsreform, die die Lehrer von administrativen Aufgaben entlasten würde, wird das Problem kurzfristig nicht entschärfen können. Eher wird da eine vierte Maßnahme greifen: Die Pflichtjahre, die Absolventen der Lehrerbildungsanstalten im Schuldienst verbringen müssen, sollen besser durchgesetzt und solche Lehrer, die ihre Pflichtzeit verkürzen, kräftig zur Kasse gebeten werden. Als Fünftes wird eine Verbesserung der Aufstiegschancen genannt. (GMRB, 24.6.93) -hws-

*(15)

Li Tieying kündigt Verstärkung des Kulturaustauschs an

Am 7. Juni fand in Peking eine nationale Konferenz über den Kulturaustausch mit dem Ausland statt, auf der sich Li Tieying als Politbüro- und Staatsratsmitglied für eine Intensivierung der Kulturbeziehungen aussprach. Interessant ist dabei besonders die Forderung, chinesischen Kulturensembles selbständige kommerzielle Auftritte im Ausland zu gestatten. Auch sollten Unternehmen, die sich im

Kulturaustausch engagieren, vom Staat unterstützt werden. Für Künstler, die für Vorträge, Aufführungen, zur Teilnahme an internationalen Wettbewerben usw. individuell ins Ausland reisen, seien günstige Bedingungen zu schaffen. Generell müsse der Staat auf diesem Gebiet mutiger sein. Zudem müsse sich China stärker um die Verbreitung chinesischer Kunst und Kultur im Ausland bemühen. Auch verdienten die Kader, die im Bereich des Kulturaustausches tätig sind, mehr Unterstützung. (GMRB, 8.6.93; RMRB, 8.6.93; Xinhua, chinesisch, 7.6.93, nach SWB, 19.6.93) -hws-

*(16)

Erstmals Tantiemenzahlung an Musiker

Ein halbes Jahr nach Gründung einer "Chinesischen Gesellschaft zum Schutz musikalischer Aufführungsrechte" wurden im Juni zum ersten Mal Tantiemen ausgeschüttet. Die Ausschüttungssumme beträgt nahezu 100.000 Yuan, die unter der bislang geringen Zahl von 2.200 Musikern aufgeteilt werden. Die Gesellschaft stellt einen bedeutenden Markstein beim besseren Schutz des geistigen Eigentums in China dar und bemüht sich auch um den Schutz der Rechte ihrer Mitglieder im Ausland. (GMRB, 4.6.93) -hws-

*(17)

Yang Hansheng gestorben

Im Alter von 91 Jahren starb am 7. Juni der Bühnenautor und "revolutionäre Kulturarbeiter" Yang Hansheng.

Yang, eines der kulturellen "Aushängeschilder" der KP, trat schon 1924 der Kommunistischen Jugendliga bei und wurde im Jahr darauf Parteimitglied. Bekannt wurde er durch Bühnenstücke wie "Der Tod Li Xiuchengs" (*Li Xiucheng zhi si*) von 1938 oder "Der Doppelzüngige" (*Liangmian ren*) von 1943 - alles patriotische Stücke, die weniger durch ihre literarischen Qualitäten als durch ihre propagandistisch-japanische Wirkung bekannt wurden. Nach der Gründung der VR China hatte Yang eine Reihe von Funktionärsposten im Kulturbereich inne, war Mitglied des 12. Nationalen Volkskongresses und bis 1988 Mitglied im Ständigen

Ausschuß des Nationalkomitees des Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes. (XNA, 10.6.93; GMRB und RMRB, 11.6.93) -hws-

*(18)

Neue Aktivitäten im Natur- und Artenschutz

China plant die Einrichtung weiterer Naturreservate. Derzeit existieren 708 Schutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 560.000 Quadratkilometern, darunter 420 Wald- und Wildreservate, die 440.000 Quadratkilometer oder 4,5% der Gesamtfläche Chinas einnehmen. Die Zahl der Nationalparks beträgt 77, die große Mehrheit der Schutzgebiete (631) untersteht dagegen den regionalen Verwaltungseinheiten. (GMRB, 4.6.1993). Bis zum Jahr 2000 soll nun die Gesamtzahl der Naturschutzgebiete auf 1.000 und die der Wald- und Wildreservate auf 500 erhöht werden, die dann 5% der Gesamtfläche Chinas ausmachen würden. Gleichzeitig ist eine neue landesweite Kampagne gegen Wilderei und Wildtierhandel eröffnet worden. (XNA, 3.6.93 und 25.6.93) Außerdem werden sieben Großprojekte ins Leben gerufen, um besonders gefährdete Tiere wie den Riesenpanda, den chinesischen Alligator und den Mandschu-Tiger vor dem Aussterben zu retten. Diese Projekte sind bereits von der Staatlichen Planungskommission gebilligt worden. (XNA, 10.6.93)

Bei einer Reihe gefährdeter Tierarten zeitigen die Schutzbemühungen der letzten Jahre bereits Erfolge in Gestalt wieder zunehmender Bestände. So vermehrte sich eine Ibis-Art, die mit nur noch sieben Exemplaren im Jahr 1981 bereits unmittelbar vorm Aussterben stand, auf mittlerweile wieder 30 Vögel, und der Bestand einer seltenen Affenspezies in Guizhou wuchs von 300 im Jahr 1982 auf heute 700 (XNA, 10.6.93).

China ist bei einer ganzen Reihe von Naturschutzmaßnahmen in internationale Projekte eingebunden. Ähnliches gilt auch vom "Forschungsnetzwerk für das chinesische Ökosystem", einem im 8. Fünfjahrplan ausgewiesenen Vorhaben (zugleich eines von vier Hauptprojekten der Akademie der Wissenschaften für die neunziger Jahre), an dem landesweit 29 Forschungsinstitutionen

beteiligt sind. Das Projekt konstituiert sich derzeit und steht mit Öko-Forschungseinrichtungen in den USA, England, Japan und Australien in wissenschaftlichem Austausch. (GMRB, 11.6.93)

Für China in ganz anderer Weise relevant ist ein Ende Mai erlassenes totales Verbot des Handels mit Rhinozeroshorn und Tigerknochen. Beide spielen eine große Rolle in der traditionellen Medizin und gelten als Stärkungsmittel. Da China der weltweit größte Abnehmer für diese Tierprodukte sein dürfte, wird sich dieses Verbot, so es denn greift, auf den Schutz von Nashörnern und Tigern positiv auswirken können. China erfüllt mit dem Erlaß internationale Verpflichtungen, die es als Mitglied der Artenschutzkonvention eingegangen ist. Bisher bestanden schon Handelseinschränkungen, die jedoch offenbar wenig effektiv waren. (GMRB und RMRB, 3.6.93; IHT, 7.6.93) -hws-

*(19)

Vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung soll unterbunden werden

Peng Peiyun, die Leiterin der Familienplanungskommission, erklärte in einem Zeitungsinterview, Krankenhäusern werde in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, das Geschlecht von Ungeborenen durch Ultraschall festzustellen und damit der Frau die gezielte Abtreibung eines unerwünschten weiblichen Fötus zu ermöglichen. Derlei Ultraschalluntersuchungen erfreuen sich derzeit steigender Beliebtheit, und viele Krankenhäuser bieten den Service gegen entsprechende Bezahlung an. Damit soll nun Schluß sein, denn, so Peng, "man unternahme große Anstrengungen, den Gedanken zu verbreiten, daß Jungen und Mädchen gleichwertig sind". (SCMP, 27.6.93)

Daß sich die Nicht-Anwendung der Geräte zum Zweck der Geschlechtsbestimmung wird durchsetzen lassen, dürfte wenig wahrscheinlich sein. Schon beginnen private Geschäftsleute, diesen Service anzubieten. (Ebenda) China wird sich wohl auf einen weiter wachsenden Überschuß an männlichem Nachwuchs einstellen müssen. (Vgl. C.a., April 93, Ü 15) -hws-

Außenwirtschaft

*(20)

"Rückzahlung der Auslandsschulden kein Problem"

In einem Leitartikel in der *China Daily* vom 8.7.93 wird auf die Fähigkeit Chinas zur Rückzahlung der Auslandsschulden ohne Rückgriff auf die Devisenreserven hingewiesen. Obwohl die Auslandsverschuldung 1992 auf 69,32 Mrd.US\$ gestiegen und die staatlichen Devisenreserven auf 19,4 Mrd.US\$ zurückgegangen seien, könnten Zinsen und Tilgung durch Deviseneinkommen aus Tourismus, Außenhandel und Einkommen chinesischer Arbeitskräfte im Ausland gedeckt werden.

Chinas Schuldendienstquote (Relation der Schuldendienste zu den Erlösen aus Waren- und Dienstleistungsexporten) lag 1992 nach Angaben der *China Daily* bei 7,34%. -schü-

*(21)

Zahlungsbilanz 1992

Das Staatliche Statistikamt stellt die Zahlungsbilanz für 1992 vor, die im folgenden wiedergegeben wird:

Zahlungsbilanz 1992 (in Mio.US\$)

1. Leistungsbilanz	6,402
- Handelsbilanz	5,182
Export (fob)	69,567
Import (fob)	64,385
- Dienstleistungsbilanz	63
Exporte	14,844
Importe	14,781
- Übertrag.bilanz	1,156
Priv.Nettotransfer	804
Öffentl.Nettotransfer	352
2. Kapitalverkehrsbilanz	-250
- Langfrist.Kapitalver.	656
Zuflüsse	27,642
Abflüsse	26,986
- Kurzfr.Kapitalver.	-906
Zuflüsse	2,581
Abflüsse	3,487
3. Restposten	-8,419
4. Veränderung der	
staatl. Reserven	2,267
darunter: Devisen	2,269

(CEN, No.21, 7.6.93) -schü-

*(22)

Stärkere Exportförderung notwendig

Vor dem Hintergrund hoher Importzuwachsrate und der nur relativ geringen Exportsteigerung in diesem Jahr soll die Förderung der Ausfuhren verstärkt werden. Auf einer nationalen Telefonkonferenz am 8.6.93 bestätigte der stellvertretende Ministerpräsident und ehemalige MOFERT-Minister Li Lanqing, daß die Situation im Außenhandel derzeit schwierig sei. Wesentliche Ursachen für die Probleme im Außenhandel sind der neuen MOFTEC-Ministerin Wu Yi zufolge die starke Nachfrage auf dem Binnenmarkt, Preissteigerungen und die Zunahme der Exportkosten, knappe Finanzmittel für den Ankauf von Exportgütern und ein unzureichendes Angebot von Transportdienstleistungen, vor allem bei der Eisenbahn.

Als Maßnahmen zur Förderung der Exporte nannte Li Lanqing die weitere Bereitstellung von Krediten zu Vorzugsbedingungen an Außenhandelsgesellschaften und von Finanzmitteln für die Herstellung von Exportprodukten. Die entsprechenden Abteilungen müßten umgehend damit beginnen, den Unternehmen, die Deviseneinkommen an den Staat abliefern, materielle Anreize zur Verfügung zu stellen. Die Ausgabe von Schuldscheinen anstelle von Bargeld an Außenhandelsgesellschaften und exportorientierte Industrieunternehmen sei nicht erlaubt. Weiterhin müsse das Exportsteuer-Rückvergütungssystem weiter verbessert und dem Transport von Exportgütern [im Inland] Priorität eingeräumt werden. Li Lanqing forderte auch, daß mehr Industrieunternehmen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen Rechte zum Handel mit dem Ausland eingeräumt werden sollten, damit der Anteil der direkt am internationalen Markt Beteiligten steigen könne. (Xinhua News Agency Domestic Service in Chinese, 8.6.93, in SWB, 21.6.93) -schü-

Binnenwirtschaft

*(23)

Wirtschaftsdaten für Mai/Juni 1993: China boomt weiter

Nach einer Erhöhung des Bruttonationalprodukts (BSP) im 1.Quartal 1993 um 15,1% im Vergleich zur Vorjah-